



Die Wannsee-Konferenz vom 20. Januar 1942

Planung und Beginn des Genozids an den europäischen Juden

(Vortrag zum 21.1.1994 im Haus der Wannsee-Konferenz)

Von Peter Longeric

Die hier abgedruckte erweiterte Fassung meines Vortrags vom 19. Januar 1998 im Haus der Wannsee-Konferenz faßt wesentliche Ergebnisse meiner erheblich umfangreicheren Studie "Politik der Vernichtung", die im Herbst 1998 erscheint, zusammen. Da der hier abgedruckte Text nicht mit Anmerkungen überfrachtet werden sollte, möchte ich den Leser, der an weiteren Einzelheiten interessiert ist, auf diese größere Studie verweisen.

I.

Am 20. Januar 1942, vor fast genau 56 Jahren, leitete der Chef der Sicherheitspolizei und des SD, Reinhard Heydrich, in diesem Gebäude eine Besprechung von Staatssekretären sowie von Partei- und SS Funktionären die unter dem Namen "Wannsee-Konferenz" in die Geschichte eingehen sollte.

Die von Adolf Eichmann verfaßte Niederschrift über diese Konferenz ist eines der wichtigsten Dokumente zur Planung und Organisation des millionenfachen Mordes an den europäischen Juden durch das NS-Regime. Durch dieses Dokument ist die Konferenz am Wannsee als Synonym für den kaltblütigen, verwaltungsmäßig und arbeitsteilig organisierten Massenmord der NS-Zeit in der Erinnerung. Die Tatsache, daß hochrangige Vertreter der Ministerialbürokratie den einleitenden Vortrag Heydrichs über das Schicksal von 11 Millionen europäischer Juden in der entspannten, großbürgerlich geprägten Atmosphäre dieses Gästehauses der SS kommentarlos zur Kenntnis nahmen, verdeutlicht auf erschreckende Weise, daß die Verantwortung für den Genozid weit über den Bereich der SS hinausreicht. Man kann sich in Deutschland wohl kaum einen besseren Ort vorstellen, um die Erinnerung an dieses Verbrechen wachzuhalten und über seine Ursachen nachzudenken.

Die historische Forschung beschäftigt sich seit langem mit der Frage, welche Rolle die Wannsee-Konferenz innerhalb der Planung und der Organisierung des Genozids an den europäischen Juden spielte. Die Antwort auf diese Frage ist schon deswegen nicht einfach, weil am 20. Januar 1942, als diese Konferenz stattfand, der Massenmord an den europäischen Juden bereits seit einem halben Jahr im Gang war. Es waren bereits mehrere Hunderttausend Juden durch das NS-Regime ermordet worden, insbesondere in den besetzten sowjetischen Gebieten, aber auch in Serbien, wo die männliche jüdische Bevölkerung den systematischen "Repressalien" der Wehrmacht zum Opfer gefallen war und im Warthegau, wo seit Oktober Gaswagen zur Ermordung der einheimischen jüdischen Bevölkerung eingesetzt wurden. Schon diese Tatsachen zeigen, daß selbstverständlich keine Rede davon sein kann, auf der Wannsee-Konferenz sei der Massenmord an den europäischen Juden beschlossen oder auch eingangegesen worden.

Vielmehr ist die Wannsee-Konferenz eine wichtigste Station in dem sich vom Herbst 1941 bis zum Frühjahr 1942 hinziehenden Entscheidungsprozeß, in dessen Verlauf die Führung des

"Dritten Reiches" die noch regional begrenzten Massenmorde an den Juden Osteuropas zu einem Gesamtprogramm zur umfassenden Ermordung der Juden Europas erweiterte. Dabei gehen die meisten Historiker davon aus, daß der Wannsee-Konferenz eine grundlegende Entscheidung zur Ermordung aller europäischen Juden vorausgegangen sein muß, daß auf der Wannsee-Konferenz die Organisation und Durchführung des bereits eingeleiteten Genozids besprochen wurde.

Wann diese grundlegende Entscheidung gefallen sein soll, ist allerdings umstritten. Eine Reihe von Historikern vertritt die Auffassung, daß diese Entscheidung bereits vor Beginn des Rußlandfeldzuges getroffen worden sein soll. Andere sind der Meinung, daß eine grundsätzliche Entscheidung im Sommer 1941, im Gefühl des Triumphes über den vermeintlichen Sieg im Osten oder im Herbst 1941, angesichts des bereits deutlich werdenden Scheiterns des Blitzkrieges in Rußland getroffen worden sein. Neuerdings wird auch die Ansicht vertreten, eine "Grundsatzentscheidung" Hitlers zur Ermordung der europäischen Juden sei unmittelbar nach der Kriegserklärung an die USA, im Dezember 1941 ergangen.

Es gibt aber auch Hinweise darauf, daß eine endgültige Entscheidung zur Ermordung aller europäischer Juden erst im Frühjahr oder Sommer 1942 erfolgt sei. Eine radikale Gegenposition, die etwa von Martin Broszat vertreten wurde, besagt, daß es überhaupt keine "Führerentscheidung" gab, sondern sich... (Broszat-Zitat)

Diese sehr unterschiedlichen Ansichten der Experten verweisen darauf, daß die genaue Rekonstruktion des Entscheidungsprozesses, an dessen Ende die "Endlösung" stand, ein methodisch außerordentlich schwieriges und hinsichtlich der Auswertung der Quellen mühseliges Unterfangen ist. Denn die wichtigsten Entscheidungen, die zum Mord an den europäischen Juden geführt haben, wurden in der Regel nicht schriftlich niedergelegt; soweit Dokumente solche Entscheidungen reflektieren, haben die Täter sie mit großem Erfolg systematisch zu vernichten gesucht; die trotz alledem überlieferten Dokumente sind buchstäblich über zahlreiche Archive in vielen Ländern zerstreut. Hinzu kommt, daß die Dokumente, die den Mord selbst betreffen, in einer verschleiernenden Sprache verfaßt sind - das Wannsee-Protokoll ist hierfür ein ausgezeichnetes Beispiel.

Angesichts dieser schwierigen Quellenlage ist eine genaue Rekonstruktion der einzelnen Tatkomplexe, die den Genozid an den europäischen Juden ausmachen, unerlässlich - also der Exekutionen, Deportationen, der Morde in den Lagern usw. Die desparate Quellenlage läßt uns keine andere Wahl, als von einer Rekonstruktion einzelner Taten auf die dahinter stehenden Entscheidungen zurückzuschließen. Die Debatte um die Rekonstruktion des Entscheidungsprozesses ist - auch wenn dies zuweilen angesichts der verbissen und detailreich geführten Debatten der Historiker den Anschein hat - mehr als ein Streit um Datierungen, Itinerare und Kompetenzverhältniss.

Die Frage nach der Ingangsetzung des systematischen Mordes an den europäischen Juden hängt mit Grundfragen der Interpretation der NS-Diktatur zusammen, mit der Frage nach der Rolle Hitlers, nach dem Funktionieren des Machtapparates, dem Verhalten der Eliten, nach der Rolle von Antisemitismus/Rassismus und anderem mehr. Es geht bei dem Streit um die Genesis der Endlösung nicht nur um das Wann und Wo, sondern letztlich darum, eine Antwort auf die Frage nach dem Warum zu finden.

Die Forschung zur Verfolgung und Ermordung der europäischen Juden befindet sich zur Zeit in einer Umbruchphase. Insbesondere die Öffnung der bis dahin nicht frei zugänglichen Archive der früheren Warschauer Pakt-Staaten seit 1990 hat die Dokumentenbasis für die Erforschung der "Endlösung" noch einmal erheblich verbreitert. Dies gilt insbesondere für das sogenannte "Sonderarchiv" in Moskau, dessen Existenz bis 1991 unbekannt war sowie für zahlreiche regionale Archive in der ehemaligen Sowjetunion bzw. in Polen, aber auch für Archive und Geheimarchive der ehemaligen DDR.

Seit etwa zwei bis drei Jahren erscheinen die ersten Arbeiten, die sich diese neue Archivsituation zunutze gemacht haben. Erste Regionalstudien liegen vor, eine Reihe von wichtigen Dokumenten sind publiziert und Arbeiten über den Entscheidungsprozeß selbst sind veröffentlicht worden. Weitere Arbeiten, die wichtige Lücken schließen dürften, werden in kurzer Zeit erscheinen.

Unter den bereits erschienenen Arbeiten sind insbesondere die Studien von Dieter Pohl und Thomas Sandkühler über den Judenmord in Galizien, die Dokumentensammlung von Michael Wildt zur Judenpolitik des SD, Götz Aly's Endlösungsbuch und Ralf Ogorrecks Studie über die Einsatzgruppen zu nennen.

Zu den wichtigen Dokumenten, die der Forschung nun zur Verfügung stehen, gehört Himmlers Terminkalender, den Christian Gerlach vor kurzem erstmalig im Hinblick auf die Genesis der Endlösung ausgewertet hat und auf dessen Publikation durch eine Gruppe von hochrangigen Spezialisten, die Monographien zur Geschichte des Judenmordes vorgelegt haben oder vorlegen werden, man gespannt sein darf.

Versucht man nun, eine vorläufige Bilanz aus dieser ersten Serie von Arbeiten zu ziehen, die die neu zugänglichen Archivbestände ausgewertet haben, so zeigt sich ein eher komplexeres Bild des Entscheidungsprozesses, das mindestens so viele neue Fragen wie Antworten enthält.

Denn was gefunden wurde, sind nicht so sehr die gesuchten Schlüsseldokumente, die uns einen unmittelbaren Einblick in Entscheidungen der obersten Führungsebene geben, sondern Dokumente, die den Entscheidungsprozeß indirekt und bruchstückhaft reflektieren, Zeugnisse also, die der Interpretation breiten Spielraum lassen.

Viele dieser neu entdeckten Mosaiksteine lassen zudem altbekannte Quellen in einem neuen Licht erscheinen. Bereits als gesichert geltende Forschungsergebnisse werden so infrage gestellt. Am Beispiel des Protokolls der Wannsee-Konferenz wird dies zu zeigen sein.

Der Prozeß, in dem sich die Forschung zur Zeit befindet, nämlich mehr und mehr Dokumente aufzuspüren und zu erschließen und die kaum noch übersehbare Zahl von erhaltenen Bruchstücke zusammenzufügen, hängt demnach nach wie vor entscheidend von dem Interpretationsrahmen ab, in den diese Dokumente hineingestellt werden, sie hängt ab von der Frage, welche Rolle wir der Ermordung der europäischen Juden innerhalb einer Gesamtgeschichte des "Dritten Reiches" zuweisen. Die neu erschienen Untersuchungen ergeben jedoch ein sehr viel dichteres Bild der regionalen Geschichte sowie von speziellen Aspekten des Mordes an den europäischen Juden. Sie helfen uns, die Komplexität der verschiedenen Ereignisse, die man gemeinhin mit dem Wort Holocaust zu umschreiben versucht, besser zu verstehen. Je mehr Forschungsergebnisse zur Vernichtung der europäischen Juden ausgebreitet werden, desto deutlicher wird, daß es sich nicht um einen Schreibtischmord handelt, sondern um ein über mehrere Jahren andauerndes Massaker unvorstellbaren Ausmaße, in dem in großen Teilen Europas Hunderttausende von Tätern und Helfern unter den Augen von Millionen Zuschauern Millionen von Opfern quälten und umbrachten.

Eine wesentliche Erkenntnis, die sich meiner Ansicht nach angesichts des fortgeschrittenen Forschungsstandes ziehen läßt ist die, daß sich die Vorgeschichte des Judenmordes nicht nach dem Schema von Entscheidungsbildung - Entscheidung - Durchführung der Entscheidung auflösen läßt. Je mehr wir über die Tätigkeit des Apparates, der die Ermordung der europäischen Juden vorbereitet und organisiert hat, erfahren, desto deutlicher wird, daß die Geschichte des Genozids sich nur unzureichend und fragmentarisch als Geschichte von Institutionen und ihrer Interaktionen darstellen läßt.

Um die Komplexität der Geschichte der Verfolgung und Ermordung der europäischen Juden angemessen erfassen zu können, möchte ich vorschlagen, einen weiter gefaßten Begriffsrahmen zu verwenden und statt Entscheidungsprozeß, Entschlußbildung, Genesis etc. den Begriff der Politik zu verwenden, also von einer Politik der Verfolgung und Ermordung der Juden unter deutscher Herrschaft zu sprechen (wobei sich dieser Politik-Begriff in einem weiteren Sinne auch auf die anderen aus rassistischen Gründen definierten Minderheiten beziehen läßt.)

Die Vernichtungspolitik und ihre historischen Voraussetzungen gehören in das Zentrum einer Interpretation des "Dritten Reiches". Wenn man davon ausgeht, daß es sich bei der Ermordung der europäischen Juden um das eigentlich historisch Besondere und Einzigartige an der NS-Diktatur handelt, dann erscheint es auch angemessen, diesen historischen Vorgang als das zentrale Thema der Geschichte des "Dritten Reiches" wahrzunehmen und den Genozid nicht als Funktion, Nebeneffekt oder Konsequenz anderer historischer Phänomene dieser Zeit abzuleiten.

Die Begriffe Judenpolitik (zu beziehen in erster Linie auf die Jahre bis 1939) und Vernichtungspolitik (für die Kriegszeit) sind offen genug, um die Vielschichtigkeit und Vielgestaltigkeit der nationalsozialistischen Judenverfolgung und ihre Ausstrahlung auf ganz unterschiedliche Bereiche des nationalsozialistischen Deutschland deutlich zu machen.

Die wichtigsten Elemente dieser Politik lassen sich wie folgt beschreiben:

- Die Politik der Vernichtung orientierte sich an abstrakten, hochgradig ideologisierten Zielen, die durch die NS-Bewegung kontinuierlich und nachhaltig verfolgt wurden.
- Sie stand in enger Interdependenz mit anderen Politikfeldern, durchdrang diese, definierte sie zum Teil neu und wurde andererseits wiederum von diesen beeinflusst.

- Sie entwickelte sich über einen längeren Zeitraum, nahm in verschiedenen Phasen unterschiedliche Formen an. Sie war flexibel genug, um aus taktischen Gründen modifiziert, zurückgenommen oder beschleunigt zu werden; in bestimmten kritischen Phasen vollzog sich ihre Entwicklung sprunghaft, so daß sich Konzeption, Entscheidungsbildung und Durchführung nicht immer klar voneinander abgrenzen lassen.
- Sie war grundsätzlich innerhalb der Führung des "Dritten Reiches" weitgehend konsensfähig. Gerade die Tatsache, daß es über ihre Durchführung immer wieder zu internen Auseinandersetzungen kam, daß Teile des Verfolgungsapparates zu radikalerem Vorgehen drängten, bestätigt den im Kern vorhandenen Konsens, der durch diese Auseinandersetzungen nicht infragegestellt wurde.
- Die Politik der Vernichtung wurde zumindest von einem Teil der Bevölkerung (der aktiven Anhängerschaft des Nationalsozialismus) unterstützt. Sie wurde - wenn auch häufig in halb verdeckter Form - öffentlich propagiert, debatiert und legitimiert. Sie hatte eine zentrale Bedeutung für die nationalsozialistische Durchdringung der deutschen Gesellschaft und war für die Sicherung und den Ausbau nationalsozialistischer Herrschaft essentiell.

Worauf es also ankäme, wäre zunächst einmal die Zentralität von Rassismus und Antisemitismus in der Geschichte des Nationalsozialismus zu betonen, den vielfältigen historischen Kontext dieser Politik darzustellen und die Funktion von Judenverfolgung und Vernichtungspolitik innerhalb der verschiedenen Phasen der NS-Herrschaft zu bestimmen.

II.

Ich will im folgenden in aller Kürze versuchen, die wesentlichen Phasen der Vernichtungspolitik und ihrer Vorgeschichte bis zur Wannsee-Konferenz zu entwickeln.

Ausgangspunkt einer solchen Interpretation sollte die Überlegung sein, daß der Nationalsozialismus sich das Ziel gesetzt hatte, eine vollkommen neue Form von Gesellschaftsordnung zu schaffen, eine rassistisch homogene Volksgemeinschaft. Diese Zielsetzung macht die Identität des Nationalsozialismus als einer eigenständigen historischen Bewegung aus. Innenpolitisch leiteten die Nationalsozialisten aus dieser Mission ihren totalen Machtanspruch gegenüber der deutschen Gesellschaft ab; außenpolitisch sollte die behauptete Überlegenheit der arischen Rasse mit ihrem natürlichen Lebensraumdrang eine Neuordnung des europäischen Kontinents entlang rassistischer Leitlinien begründen. Diese Ziele ließen sich aber schon wegen der Inkonsistenz des Rassebegriffs nur mit Hilfe negativer Maßnahmen durchsetzen. Rassistische Auslese bedeutete demnach permanente Ausgrenzung und Ausmerzungen sogenannter Minderwertiger. Neben der sogenannten Rassenhygiene kam dabei der Verfolgung der Juden als angeblich weit in die deutsche Gesellschaft "Fremdblütige" und als der Verwirklichung des Rasseprinzips feindlich gegenüberstehenden internationale Macht zentrale Bedeutung zu, wobei sich das relativ neue rassistische Motiv der Verfolgung mit jahrhundealten Stereotypen konventioneller Judenfeindschaft verbinden ließ

Was wir hier vor uns haben ist die furchtbare Utopie einer Gesellschaftsordnung, deren Homogenität und biologische Aufartung in Wirklichkeit darin besteht, daß beständig sogenannte "Minderwertige" ausgegrenzt und ausgestoßen werden.

Bis zum Kriegsbeginn war es den Nationalsozialisten gelungen, die jüdische Minderheit weitgehend zu vertreiben und die noch im Lande lebenden Juden in eine bedeutungslose Randexistenz zu veweisen. Im Zuge dieses Prozesses war die Mehrdimensionalität des neuen Politikfeldes der "Judenpolitik" bereits deutlich geworden:

So hatte der Nationalsozialismus die gelenkte öffentliche Meinung des "Dritten Reiches" unter der Hegemonie des Rassismus neu formiert: Es gab kaum einen Bereich, in dem die "Judenfrage" jetzt nicht eine erhebliche Rolle als verbindlich vorgeschriebenes Deutungsmuster spielte. Die "Entjudung" der deutschen Gesellschaft hatte dem NS-Staat zahlreiche Interventionsmöglichkeiten eröffnet, so etwa - über die Rassegesetzgebung - eine bisher nicht gekannte Kontrolle des Privaten oder z. B. tiefgreifende Eingriffe in die Wirtschaft im Zuge der "Arisierung".

Auf internationaler Ebene war durch die Tatsache, daß die deutschen Juden wiederholt für das Verhalten des "internationalen Judentums" zur Verantwortung gezogen wurden, durch ihre angekündigten Geiselnahme im Falle eines Krieges und mit ihrer rigorosen Vertreibung aus Deutschland eine "Judenfrage" aufgeworfen worden, für deren "Lösung" das "Dritte Reich" zunehmend die internationale Staatengemeinschaft verantwortlich machte.

Mit dem Beginn des Zweiten Weltkrieges beginnt eine vollkommen neue Phase der Judenpolitik. Hatte die Zahl der Juden im Gebiet des "Großdeutschen Reiches" 1939 noch etwa 300.000 Personen betragen, so befanden sich nach dem Krieg gegen Polen weit mehr als zwei Millionen Juden unter deutscher Herrschaft.

Für die NS-Bewegung bedeutete der Krieg die Chance zur Verwirklichung ihrer Pläne, ein nach rassistischen Gesichtspunkten geordnetes Imperium zu schaffen. Erst der Krieg gab die Möglichkeit, eine neue Form einer rassistisch homogenen, "aufgearteten" gesellschaftlichen Ordnung zu verwirklichen. Der Krieg stellte aus nationalsozialistischer Sicht die innere Rechtfertigung für die Ausmerzungen der "Minderwertigen" dar, um "volksbiologisch" die Verluste an rassistisch hochwertigen auszugleichen; im Krieg als Ausnahmesituation ergab sich überhaupt erst die Gelegenheit zu einem solchen unerhörten Bruch mit der humanitären Tradition.

Die Drohung Hitlers vom 30. Januar 1933, im Falle eines Weltkrieges die "jüdische Rasse" in Europas zu vernichten, macht diesen Zusammenhang besonders deutlich.

Die Eskalation der rassistischen Verfolgung zur Vernichtungspolitik nach Kriegsbeginn kam sowohl in der sogenannten "Euthanasie" sowie in den Massenerschießungen von Zehntausenden polnischen Zivilisten, darunter Tausende Juden, durch deutsche Einsatzgruppen und volksdeutschen Selbstschutz zum Ausdruck.

Die deutsche Führung verfolgte aber noch weitergehende Pläne: Noch während des Krieges gegen Polen, Mitte September begann die deutsche Führung ein gigantisches Umsiedlungsprogramm für die neu eroberten Gebiete zu entwickeln. Mit der Neuordnung des Lebensraumes sollte also in den eroberten polnischen Gebieten begonnen werden.

Neben groß angelegten Umsiedlungen von Volksdeutschen und Polen sah dieses Programm die Deportation aller im deutschen Herrschaftsbereich lebenden Juden in einem "Judenreservat" im Generalgouvernement, im Distrikt Lublin vor. Die ersten Transporte aus dem Reichsgebiet in dieses Reservat setzten tatsächlich im Rahmen der sogenannten Nisko-Aktion im Oktober 1939 ein, mußten jedoch nach kurzer Zeit unter dem Eindruck der durch die Ansiedlung von Volksdeutschen in den besetzten Ostgebieten ausgelösten Menschenverschiebungen abgebrochen werden.

Tatsächlich wurde jedoch der Plan eines Judenreservates im Distrikt Lublin weiterverfolgt (und ansatzweise, in kleineren Deportationsschüben, immer wieder Anläufe zu einer Deportation in das Generalgouvernement unternommen).

Aus der Art und Weise, wie das Nisko Projekt durchgeführt wurde und aus verschiedenen Kommentaren führender Nationalsozialisten läßt sich nun entnehmen, das das sogenannte Judenreservat tatsächlich darauf hinauslief, die Juden im gesamten deutschen Herrschaftsbereich in einem Raum, in dem keine ausreichenden Lebensgrundlagen vorhanden waren, zu konzentrieren und hier durch eine Kombination von Unterernährung, Seuchen, geringer Geburtenrate etc. das physische Ende dieser über zwei Millionen Menschen herbeizuführen, möglicherweise in einem Zeitrahmen von mehreren Generationen. Geht man zurück zu Hitlers Prohezeiung vom 30. Januar, der die Vernichtung der Juden im Falle eines Weltkrieges ankündigte, so wird deutlich, daß das Reservatsprojekt den Charakter einer gigantischen Geiselnahme hatte, das im Falle einer weiteren Ausdehnung des Krieges ein Erpressungspotential gegenüber den Westmächten darstellte. Es handelte sich bei dem Reservatsplan um ein Projekt zur physischen "Endlösung" der Judenfrage, das im engen Zusammenhang mit anderen radikalen Maßnahmen, wie den Massenerschießungen von Polen und dem Euthanasie-Projekt gesehen werden muß.

An dem Projekt eines "Judenreservates" sollte in den kommenden zwei Jahren festgehalten werden, wobei sich allerdings die Lage des Reservatsraums änderte: Nach dem Sieg über Frankreich wurde Madagaskar ins Gespräch gebracht, Anfang 1941, mit den Vorbereitungen für Barbarossa, wurde der Plan gefaßt, die Juden innerhalb des deutschen Machtbereichs in die zu erobernden Gebiete der Sowjetunion zu deportieren. Auch wenn sich die Geographie dieser Pläne änderte: Gemeinsam war ihnen stets die Perspektive der physischen Endlösung, wenn diese sich auch über einen längeren Zeitraum hinziehen sollte. Die Vorstellung, es habe eine Phase gegeben, in der über "territoriale Lösungen" nachgedacht wurde, die durch eine irgendwann im Laufe des Jahres 1941 gefällte grundsätzliche Entscheidung zur Vernichtung der europäischen Juden von einer späteren Endlösungsphase zu trennen sei, geht meiner Ansicht nach an den Plänen der NS-Judenpolitiker vorbei: Auch die territoriale Lösung war stets als Endlösung konzipiert, sie sollte das physische Ende der Juden bedeuten.

Die entscheidende Zäsur für den Übergang der Judenpolitik zur Vernichtungspolitik liegt im Herbst 1939. Was sich ab 1941 vollzieht, ist vielmehr die Konkretisierung, Radikalisierung und Ingangsetzung der bereits avisierten Vernichtung. Die Perspektive der Nationalsozialisten, daß der begonnene Krieg in einen Weltkrieg führen und damit zu eine existentielle Auseinandersetzung ausarten könnte, bei der es um den Bestand des deutschen Volkes gehen könnte - diese Perspektive schloß die Möglichkeit der Vernichtung des selbst definierten Erzfeindes ein. Je mehr der Krieg sich ausdehnte, desto näher mußte man der Vernichtung kommen. Dies ist nicht im Sinn eines unvermeidlichen Automatismus zu verstehen: Um die Vernichtung ingangzusetzen, mußten entscheidende Voraussetzungen erfüllt sein. Solange das Reservat nicht eingerichtet wurde, solange die Deportationen nicht erfolgt waren, solange der Weltkrieg nicht eingetreten war, war die Vernichtung eine Absicht, die unter Umständen auch widerrufen werden konnte.

Im Sommer 1941 erreichte die Politik der Vernichtung ihre zweite Eskalationsstufe. Schauplatz dieser Radikalisierung waren die soeben besetzten sowjetischen Gebiete:

Während in den ersten Wochen des Rußlandfeldzuges, wie bereits bei den Massenexekutionen in Polen Zehntausende von jüdischen Männern im wehrpflichtigen Alter erschossen worden waren, wurden ab Ende Juli, verstärkt ab August, September, Oktober Hunderttausende von Juden, Männer und Frauen in jedem Alter sowie Kinder erschossen. Dieser Übergang von einer terroristischen Vorgehensweise zu einer Politik ethnischer Säuberung ist weder hinreichend erklärbar durch das Hochgefühl des Sieges noch durch die antizipierte Niederlage.

Vielmehr zeigte sich, daß im Sommer 1941 die für den erwartete Sieg im Osten erwartete Neuordnung des eroberten Lebensraumes nun wie ursprünglich geplant inganggesetzt wurde, ohne den sicher geglaubten militärischen Erfolg abzuwarten. Während des noch anhaltenden Krieges mußte sich jedoch auch die geplante Neugestaltung des "Ostraums" auf negative Maßnahmen beschränken: Die massenhafte Ermordung der jüdischen Zivilbevölkerung, die "Entjudung" ganzer Landstriche, ein erster Vorgriff auf die vor Kriegsbeginn erörterten Plänen, nach denen etwa 30 Millionen Menschen auf sowjetischem Gebiet zum Opfer fallen sollten.

Wesentlich war hier die Initiative Himmlers, der durch sein brutales Vorgehen im Spätsommer 1941 seine Kompetenzen als Reichskommissar für die Festigung deutschen Volkstum auf die Sowjetunion übertragen wollte- und dem dies schließlich auch gelang. Der "Festigungs"-Auftrag Hitlers an Himmler vom Oktober 1939 hatte ja nicht nur die "Gestaltung neuer deutscher Siedlungsgebiete durch Umsiedlung" umfaßt, sondern auch - als notwendige Voraussetzungen der geplanten "völkischen Flubereinigung" - die "Ausschaltung des schädigenden Einflusses von ... volksfremden Bevölkerungsteilen" - und diesen Teil seines Auftrags nahm Himmler nun auch in den Ostgebieten wahr, in dem den schon in Gang befindlichen Mord an jüdischen Männern auf die allgemeine jüdische Bevölkerung ausdehnen ließ.

Die dritte Eskalationsstufe der Politik der Vernichtung liegt im Herbst 1941

Mitte September 1941 faßte Hitler den Entschluß, die Juden des gesamten Reichsgebiets einschließlich des Protektorats möglichst noch im laufenden Jahr in die eingegliederten polnischen Gebiete und im nächsten Frühjahr weiter nach Osten zu deportieren. Als ersten Schritt war ursprünglich vorgesehen gewesen, 60.000 Juden in das Lodzer Ghetto zu deportieren. Dieser Plan wurde jedoch bis Ende September modifiziert und erweitert: Nun sollten 25.000 Juden und Zigeuner nach Lodz verschleppt und je 25.000 Juden aus dem Reichsgebiet in die Ghettos von Riga und Minsk transportiert werden. Aus einer Bemerkung von Heydrich gegenüber Goebbels im November ergibt sich, daß zu diesem Zeitpunkt bereits eine dritte Deportationswelle für den Beginn des nächsten Jahres geplant war. Aus verschiedenen Bemerkungen führender Nationalsozialisten wissen wir außerdem, daß bereits Anfang Oktober feststand, daß die beginnende Deportationen der deutschen Juden zugleich der Anfang der Verschleppung aller Juden im deutschen Herrschaftsbereich sein sollte.

Parallel zu dieser in schnellen Schritten folgenden Entschlußbildung wurden wichtige administrative Maßnahmen zur Vorbereitung der Deportation getroffen: Die Kennzeichnung der deutschen Juden im September; das Auswanderungsverbot vom 23. Oktober für alle Juden im deutschen Machtbereich; schließlich die 11. Verordnung zum Reichsbürgergesetz im November, durch die die Juden bei Überschreiten der Grenze ihre deutsche Staatsangehörigkeit und ihr Vermögen verloren. Tatsächlich setzte Hitler damit im September ebenfalls den Anfang 1941 gefaßten Plan, die europäischen Juden nach dem Sieg über die Sowjetunion in die neu eroberten Gebiete zu deportieren in Gang - ohne allerdings den Sieg über die Rote Armee abzuwarten. Noch im Monat zuvor, im August, hatte Hitler erklärt, daß die vorgesehene Deportation erst nach dem

Ende des Ostfeldzuges erfolgen könne. Die ersten beiden Deportationswellen nach Lodz und nach Minsk und Riga fanden wie vorgesehen zwischen Mitte Oktober und Anfang Februar statt (die Deportationen nach Minsk mußten allerdings nach wenigen Transporten abgebrochen werden) und im März 1942 begann schließlich, wie von Heydrich im November angekündigt, die dritte Deportationswelle in den Distrikt Lublin, das ursprüngliche "Judenreservat".

Wie ist diese Entscheidung zu erklären, die Deportationen nicht, wie ursprünglich geplant nach, sondern während des laufenden Konfliktes in Gang zu setzen?

Vorgeschoben wurde als Begründung das Motiv, es handle sich um eine Vergeltungsmaßnahme für Stalins Verschleppung der Wolgadeutschen. Auch der durch den Luftkrieg verschärfte Bedarf an Wohnungen, der immer wieder als Begründung für die Deportationen angegeben wurden, war nur ein äußerer Vorwand, wie schon die relativ geringe Zahl der Bombenschäden in diesem Zeitraum verdeutlicht. Zwar hat der eine oder andere Gauleiter die Forderung nach "Freimachung" der "Judenwohnungen" aufgegriffen und von sich aus alles getan, um die Deportationen zu beschleunigen, doch ist der Zusammenhang von Wohnungsfrage und Deportation komplexer: Durch eine "Freimachung" der "Judenwohnungen" sollten die Juden als "Drahtzieher" des Bombenkrieges bestraft und die Großstadtbewohner in den unmittelbaren Genuß dieser Bestrafung gebracht werden. Auch in ihrer der Wohnungspolitik ging es den Nationalsozialisten eben nicht ausschließlich um die Bereitstellung von Wohnraum, sondern sie war, wie fast alle Politikbereiche, eng mit Rassen- und Judenpolitik verbunden.

Tatsächlich dürfte es sich jedoch bei den Deportationen in erster Linie um eine Repressalie gegenüber den USA, die mit der Drohung, die deportierten Juden zu liquidieren, - ganz im Sinne der Prophezeiung Hitlers vom 30. Januar 1939, von einem Kriegseintritt abgehalten werden sollten. Das Propagandaleitmotiv dieser Monate, die Vereinigten Staaten als Werkzeug des internationalen Judentums verdeutlicht dies ebenso wie die Tatsache, daß die Deportationen aus den Großstädten in aller Öffentlichkeit stattfanden und somit auch von der internationalen Presse sorgfältig registriert wurden - eine Publizität, die sich der Geiselnnehmer nur wünschen konnte.

Die zwischen September und November 1941 gefällte Entscheidung der NS-Regierung, die Juden im deutschen Herrschaftsbereich nach und nach in den Osten zu deportieren, beinhaltete gleichzeitig den Entschluß, in den provisorischen Aufnahmeräumen einen Massenmord an den einheimischen Juden anzurichten. Die Strategie judenfreier Räume, zu der man in der Sowjetunion Ende des Sommers übergegangen war, wurde nun auf die besetzten polnischen Gebiete übertragen. Mit der Aussicht, in die ohnehin völlig überfüllten Ghettos weitere Zehntausende von Juden einzuweisen, wurde den vor Ort verantwortlichen radikalere Lösungen abverlangt.

In Lodz hatte Reichsstatthalter Greiser als "Gegenleistung" für die Aufnahme der Juden aus dem Reich selbst den Vorschlag gemacht, die vorhandene Ghettobevölkerung um 100.000 polnische Juden zu dezimieren; zur Durchführung dieses Massenmordes wurde noch vor Ende des Jahres 1941 Gaswagenstation bei Chelmno eingerichtet.

In Minsk wurden Anfang November, einen Tag bevor der erste Transport aus Hamburg abging, etwa 12.000 Einwohner des Ghettos durch die deutsche Sicherheitspolizei ermordet. In Riga, wo ursprünglich der Bau von Gaskammern vorgesehen war, wurde Ende November, Anfang Dezember über 25.000 lettische Juden auf Anordnung des Höheren SS- und Polizeiführers Jeckeln erschossen, der angab, den Befehl hierzu direkt von Himmler erhalten zu haben. Bereits zuvor hatte das Einsatzkommando 2 die Menschen, die sich in den in den ersten sechs für Riga bestimmten Transporten befanden, sogleich nach Eintreffen der Züge in Riga bzw. in Kowno erschossen. Dieser Mord an den reichsdeutschen Juden wurde jedoch durch eine direkte Intervention Himmlers unterbunden.

Auch im Generalgouvernement, insbesondere im Distrikt Lublin begannen die Vorbereitungen für einen Massenmord an den dort lebenden Juden im Oktober 1941, nachdem die Regierung des Generalgouvernements darüber informiert war, daß mit einem Abschub der Juden aus diesem Gebiet nach Osten auf absehbare Zeit nicht mehr gerechnet werden könnte. Noch im Oktober begannen die Vorbereitungen für den Bau des Vernichtungslagers Belzec und mit dem sogenannten Schießbefehl wurde das Verlassen der Ghettos mit der Todesstrafe geahndet.

Die Vorbereitungen für das Eintreffen der dritten Deportationswelle im Frühjahr wurden also bereits während des Winters getroffen. Diese Maßnahmen waren jedoch noch keine Vorbereitungen für die Ermordung der gesamten jüdischen Zivilbevölkerung des Generalgouvernement.

Nicht nur in Belzec (Lublin) und Chelmno (Warthegau) wurden im Herbst/Winter 1941/42 Gasmordanlagen installiert. Vorbereitungen zum Bau solcher Anlagen sind auch für Riga nachweisbar; Hinweise auf Mogilew (bei Minsk) und Lemberg (Galizien) als weitere mögliche Standorte sind vorhanden. Mit dem Einsatz von Gas als Tötungsmittel wurde also zunächst in den vorgesehenen Deportationsräumen begonnen. Im Oktober und November häuften sich die Aussagen führender Nationalsozialisten über das den Juden zuge dachte Schicksal:

Hitler machte an seiner Tischrunde am 25. Oktober, nachdem er noch einmal an seine "Prophezeiung" vom 30. Januar 1939 erinnert hatte, folgende Bemerkung: "Diese Verbrecherrasse hat die zwei Millionen Toten des Weltkrieges auf dem Gewissen, jetzt wieder Hunderttausende. Sage mir keiner: Wir können sie doch nicht in den Morast schicken! Wer kümmert sich denn um unsere Menschen. Es ist gut, wenn uns der Schrecken vorangeht, daß wir das Judentum ausrotten."

In einem Leitartikel der Zeitschrift "Das Reich" vom 16. November 1941 kam Goebbels unter der Überschrift "Die Juden sind schuld" auf Hitlers Prophezeiung vom 30. Januar 1939 zurück, um dann fortzufahren: "Wir erleben eben den Vollzug dieser Prophezeiung, und es erfüllt sich damit am Judentum ein Schicksal, das zwar hart, aber mehr als verdient ist. Mitleid oder Bedauern ist da gänzlich unangebracht." Mit seiner Formulierung, das "Weltjudentum" erleide "nun einen allmählichen Vernichtungsprozeß", stellte der Propagandaminister und Berliner Gauleiter klar, welches Schicksal die seit einigen Wochen aus deutschen Großstädten deportierten Juden letztlich erwartete.

III.

Als Heydrich am 29. November 1941 eine Reihe von Staatssekretäre, hohe Beamte und SS-Dienstgrade zu einer Besprechung am 9. Dezember einlud, auf der er nähere Einzelheiten der vorgesehenen "Gesamtlösung der Judenfrage in Europa" behandeln wollte, war die ursprüngliche Absicht der NS-Führung, die "Endlösung" der "Judenfrage" nach Kriegsende (hervorheben) vorzunehmen, (also das physische Ende der unter deutscher Herrschaft lebenden Juden herbeizuführen) bereits durchbrochen worden: Es waren bereits mehrere Hunderttausend Menschen umgebracht worden, ohne daß die "Judenpolitik" in der offiziellen Sprachregelung das Stadium der "Endlösung" erreicht hatte.

Hauptzweck der Wannsee-Konferenz war es, gegenüber eine Reihe wichtiger Reichsbehörden die Federführung des RSHA für das Deportationsprogramm festzuschreiben und damit Spitzenvertreter der Ministerialbürokratie zu Mitwissern und Mitverantwortlichen des vom RSHA verfolgten Planes zu machen, alle Juden im - gegenwärtigen und künftigen - deutschen Herrschaftsbereich in die Ostgebiete zu verschleppen, wo sie außerordentlich harten Existenbedingungen ausgesetzt und schließlich zu Tode erschöpft oder ermordet werden sollten. Dieser Deportationsplan (mit seinen letztlich tödlichen Konsequenzen) war seit Anfang 1941 von Heydrich verfolgt wurde und zu dessen praktischer Durchführung war er im Juli 1941 durch Göring ermächtigt worden; dieser Plan war ansatzweise mit der Deportation zentraleuropäischer Juden seit Oktober angelaufen, ein erster Teilabschnitt der vorgesehenen gesamteuropäischen Deportationen, der nach Hitlers ursprünglichen Vorstellungen nach Möglichkeit bis zum Ende des Jahres 1941 hätte durchgeführt werden sollten.

Heydrich hatte also mit seiner ersten Einladung zu der Konferenz gewartet, bis die zweite Deportationswelle nach Riga, Minsk und Kowno bereits angelaufen war. Ganz offensichtlich wollte er also die Vertreter der Obersten Reichsbehörden vor vollendete Tatsachen stellen.

Am 8. Dezember wurde die ursprünglich für den nächsten Tag vorgesehene Sitzung verschoben, als neuer Termin wurde schließlich der 20. Januar festgesetzt. Besprechungsort war nun nicht mehr die Dienststelle der Internationalen Kriminalpolizeilichen Kommission am Kleinen Wannsee Nr. 16, sondern das Gästehaus der SS, Am Großen Wannsee 56-58. Als Grund für diese Verschiebung werden im allgemeinen zwei Entwicklungen angenommen: Zum einen die nach Pearl Harbour unmittelbar bevorstehende deutsche Kriegserklärung an die USA (die dann am 11. Dezember erfolgen sollte) und zum anderen aber auch die Anfang Dezember einsetzende Großoffensive der Roten Armee, die alle Hoffnungen auf einen schnellen militärischen Erfolg im Osten und damit eine baldige Realisierung aller Deportationspläne endgültig zunichte machte. Mit anderen Worten: Die Ausdehnung der Serie von europäischen Blitzkriegen zum Weltkrieg mußte auch Auswirkungen auf die deutsche "Judenpolitik" mit sich bringen. Ob diese Auswirkungen so gravierend waren, das Heydrich sich gezwungen sah, das ursprünglich vorgesehene Programm für

die Konferenz zu ändern und ob dies der entscheidende Grund war, die Konferenz um immerhin sechs Wochen zu verschieben, muß zunächst offen bleiben.

Einen Tag nach der Kriegserklärung an die USA, am 12. Dezember, hielt Hitler eine Ansprache vor den Gau- und Reichsleitern der Partei, bei der er erneut auf seine "Prophezeiung" vom 30. Januar 1939 zurückkam und die "Vernichtung" der Juden unter deutscher Herrschaft ankündigte, wie sich aus den Goebbels-Tagebüchern entnehmen läßt: "Bezüglich der Judenfrage ist der Führer entschlossen, reinen Tisch zu machen. Er hat den Juden prophezeit, daß, wenn sie noch einmal einen Weltkrieg herbeiführen würden, sie dabei ihre Vernichtung erleben würden. Das ist keine Phrase gewesen. Der Weltkrieg ist da, die Vernichtung des Judentums muß die notwendige Folge sein. Diese Frage ist ohne jede Sentimentalität zu betrachten. Wir sind nicht dazu da, Mitleid mit den Juden, sondern nur Mitleid mit unserem deutschen Volk zu haben. Wenn das deutsche Volk jetzt wieder im Ostfeldzug an die 160.000 Tote geopfert hat, so werden die Urheber dieses blutigen Konflikts dafür mit ihrem Leben bezahlen müssen."

Die Tatsache, daß der Weltkrieg nun "da" war, verlieh der seit Anfang 1939 immer wieder ausgesprochenen Verbindung von "Vernichtung" der Juden und Weltkrieg einen besonderen Akzent. Falsch wäre es jedoch, in der Rede Hitlers vom 12. Dezember die Bekanntgabe einer "Grundentscheidung" Hitlers zur Ermordung der europäischen Juden zu sehen und hieraus die Schlußfolgerung abzuleiten, daß ein solcher dramatischer Entschluß entscheidend für diesen Kurswechsel gewesen sei. Vielmehr handelte es sich bei Hitlers Ansprache um einen weiteren Appell zur Beschleunigung und Radikalisierung der mit den Massenexekutionen in der Sowjetunion, in Polen und in Serbien und den Deportationen aus Zentraleuropa bereits inganggesetzten Vernichtungspolitik, der in seiner radikalen Rhetorik sehr den Aussagen von Hitler vom 25. Oktober aber auch Rosenbergs Pressekonferenz und Goebbels' Artikel sehr ähnlich ist.

Aus dem Zeitraum Mitte Dezember liegen weitere Hinweise darauf vor, daß Hitler die Judenverfolgung nach dem Kriegseintritt der USA weiter radikalisieren wollte, aber aus ihnen läßt sich eine "Grundsatzentscheidung" Hitlers zur Ermordung der europäischen Juden nicht wirklich zwingend ableiten.

So läßt sich Himmlers kurze Notiz in seinem im Sonderarchiv Moskau aufgefundenem Terminkalender über ein Gespräch mit Hitler vom 18. Dezember nur mit Hilfe einer weit ausholenden, keinesfalls jedoch sehr beweiskräftigen Interpretation als Beleg für eine wenige Tage zuvor gefällte "Grundsatzentscheidung" Hitlers anführen. Die vier Worte: "Judenfrage als Partisanen auszurotten" lassen sich demgegenüber viel sinnvoller als erneute Bestätigung Hitlers lesen, die Massenmorde an den sowjetischen Juden unter dem auch bisher vorgegebenen Vorwand fortzusetzen und zu intensivieren. Da sich das Thema Judenmord in Himmlers verschiedenen Kalendarien offensichtlich nur sehr verstreut findet, ist generelle Skepsis vor einer Überbewertung solcher desparaten Zeugnisse angebracht.

Ein wesentlich gewichtiger Beleg für eine weitere, von der Führungsspitze des "Dritten Reiches" ausgehende Radikalisierung der Judenpolitik im Dezember ist jedoch Franks berüchtigte Ansprache auf der Sitzung der Regierung des Generalgouvernement vom 16. Dezember: Aus Franks Äußerungen geht klar hervor, daß die ursprüngliche Absicht, die Juden des Generalgouvernements in die besetzten sowjetischen Gebiete zu deportieren, nicht mehr nur zurückgestellt worden war, wie Frank bereits im Oktober von Rosenberg erfahren hatte, sondern mittlerweile ganz aufgegeben worden war: "Mit den Juden, das will ich Ihnen ganz offen sagen - muß so oder so Schluß gemacht werden." Frank erinnerte sodann an Hitlers "Prophezeiung" vom 30. Januar 1939. Mitleid gegenüber den Juden sei keinesfalls angebracht: "Ich werde daher den Juden gegenüber grundsätzlich nur von der Erwartung ausgehen, daß sie verschwinden. Sie müssen weg. Ich habe Verhandlungen zu dem Zwecke angeknüpft, sie nach dem Osten abzuschieben. Im Januar findet über die Frage eine große Besprechung in Berlin statt, zu der ich Herrn Staatssekretär Dr. Bühler entsenden werde. Diese Besprechung soll im Reichssicherheitshauptamt bei SS-Obergruppenführer Heydrich gehalten werden. Jedenfalls wird eine große jüdische Wanderung einsetzen."

Aber was soll mit den Juden geschehen? Glauben Sie, man wird sie im Ostland in Siedlungsdörfern unterbringen? Man hat uns in Berlin gesagt: weshalb macht man diese

Scherereien; wir können im Ostland oder im Reichskommissariat auch nichts mit ihnen anfangen, liquidiert sie selber! Meine Herren, ich muß sie bitten, sich gegen alle Mitleidserwägungen zu wappnen. Wir müssen die Juden vernichten, wo immer wir sie treffen und wo es irgend möglich ist, um das Gesamtgefügte des Reiches hier aufrecht zu erhalten." Methode und Zeitraum für diesen Massenmord waren, das geht aus Franks weiteren Worten hervor, Mitte Dezember aber noch offen: "Diese 3,5 Millionen Juden können wir nicht erschießen, wir können sie nicht vergiften, werden aber doch Eingriffe vornehmen können, die irgendwie zu einem Vernichtungserfolg führen, und zwar im Zusammenhang mit dem vom Reich her zu besprechenden großen Maßnahmen. Das Generalgouvernement muß genau so judenfrei werden, wie es das Reich ist. Wo und wie das geschieht, ist eine Sache der Instanzen, die wir hier einsetzen und schaffen müssen und deren Wirksamkeit ich Ihnen rechtzeitig bekanntgeben werde."

Am 20. Januar 1942 sollte Franks Staatssekretär Bühler anlässlich der Wannsee-Besprechung von Heydrich Näheres über das "Wo" und "Wie" der Endlösung erfahren.

Da wir die genauen Wortlaut der auf der Konferenz abgegebenen Erklärungen nicht kennen und andererseits den Dritte belastenden Angaben Eichmanns nicht unbedingt zu trauen ist, empfiehlt es sich, das erhaltene Protokoll nicht als Ausgangspunkt für Spekulationen über das auf der Konferenz "tatsächlich" Gesagte zu nehmen, sondern es vielmehr als von Heydrich autorisierte Leitlinie des mit der "Endlösung der Judenfrage" beauftragten RSHA zu lesen: Nicht die Konferenz als solche, sondern die Quintessenz, die Heydrich im Anschluß hieran erstellte und als verbindliches Ergebnis der Besprechung gegenüber anderen Obersten Reichsbehörden vertrat, erstellte, sollten der entscheidende Ausgangspunkt für eine Interpretation der "Judenpolitik" Anfang des Jahres 1942 sein.

Heydrich ließ die Ergebnisse der Konferenz in dem Protokoll folgendermaßen zusammenfassen: Zunächst einmal habe er auf seine "Bestellung" zum "Beauftragten für die Vorbereitung der Endlösung der europäischen Judenfrage" durch Göring am 31. Juli hingewiesen. Dieses Schriftstück hatte er bereits als Kopie seinem ersten Einladungsschreiben vom 29. November beigefügt. Bevor er nun den von Göring geforderten "Entwurf über die organisatorischen, sachlichen und materiellen belange im Hinblick auf die Endlösnng der europäischen Judenfrage" fertigstelle, so habe er auf der Konferenz erklärt, wolle er das weitere Vorgehen mit den "beteiligten Zentralinstanzen" abstimmen,wobei die Federführung beim Reichsführer SS (Chef der Sicherheitspolizei und des SD), liege.

Heydrich habe sodann, so daß Protokoll weiter, einen Überblick über die bisherige Judenverfolgung gegeben. Hauptziel der "Judenpolitik" sei zunächst die forcierte Auswanderung gewesen, die nun inzwischen durch Himmler "im Hinblick auf die Gefahren einer Auswanderung im Krieg und im Hinblick auf die Möglichkeiten des Ostens" verboten worden sei. Weiter heißt es im Protokoll über Heydrichs Äußerungen am 20. Januar:

"An die Stelle der Auswanderung ist nunmehr als weitere Lösungsmöglichkeit nach entsprechender vorheriger Genehmigung durch den Führer die Evakuierung der Juden nach dem Osten getreten." Diese "Aktionen" seien lediglich "Ausweichmöglichkeiten", bei denen jedoch "jene praktischen Erfahrungen gesamt" werden würden, die "im Hinblick auf die kommende Endlösung der Judenfrage von wichtiger Bedeutung" seien. Für die kommende "Endlösung" kämen insgesamt 11 Millionen Juden in Betracht, die Heydrich nach einzelnen Ländern aufschlüsselte. Die vorgesehene "Endlösung" umschrieb Heydrich laut Protokoll den folgenden Ausführungen:

"Unter entsprechender Leitung sollen nun im Zuge der Endlösung die Juden in geeigneter Weise zum Arbeitseinsatz komen. In großen Arbeitskolonnen, unter Trennung der Geschlechter, werden die arbeitsfähigen Juden straßenbauend in diese Gebiete geführt, wobei zweifellos ein Großteil durch natürliche Verminderung ausfallen wird."

Der "allfällig endlich verbleibende Restbestand" werde, da "es sich bei diesen zweifellos um den widerstandsfähigsten Teil" handele, "entsprechend behandelt werden müssen", um zu verhindern, daß hieraus wiederum eine "Keimzelle eines neuen jüdischen Aufbaues" entstünde. Zunächst sollten die Juden in "Durchgangsgghettos" gebracht werden, um von hieraus weiter nach Osten transportiert zu werden.

Heydrich entwickelt also die Vorstellung eines gigantischen Deportationsprogramms in den Osten, wo die Juden zu Zwangsarbeiten eingesetzt und auf diese Weise zu Tode gebracht werden würden, während die diese Strapazen Überlebenden ebenfalls ermordet werden sollten.

Das gesamte deutsche Herrschaftsgebiet, so Heydrich weiter, solle im "Zuge der praktischen Durchführung der Endlösung" von Westen nach Osten "durchgekämmt" werden, wobei das Reichsgebiet einschließlich des Protektorats "vorweggenommen" werden müsse.

Heydrichs weitere Erklärung, Juden über 65 Jahren sollten in ein Altersghetto (Theresienstadt) verbracht werden, verdeutlicht, daß auf diese Weise der Vorstellung eines "Arbeitseinsatzes" im Osten zusätzliche Plausibilität verliehen werden sollte.

Einiges spricht dafür, daß diese Darlegungen Heydrichs nicht als Verschleierung der tatsächlich bereits beschlossenen Deportation von Millionen Menschen in Vernichtungslager zu lesen sind, sondern daß die Vorstellung einer stufenweisen Deportation in den Osten sowie eines gigantischen Zwangsarbeitsprogramms in einem gewissen Umfang wörtlich zu verstehen sind.

Dafür spricht, daß zum Zeitpunkt der Konferenz die Vorbereitungen zum Aufbau der Vernichtungslager nur schleppend verliefen während andererseits die jüdische Zwangsarbeit seit der Jahreswende 1941/42 eine immer größere Bedeutung erhielt. Die Vorstellung "straßenbauender" Arbeitskolonnen, darauf wird noch näher einzugehen sein, hatte zudem zu diesem Zeitpunkt durchaus einen gewissen Realitätsgehalt innerhalb der "Judenpolitik" des Regimes.

IV.

Um den historischen Ort der Wannsee-Konferenz besser verstehen zu können, soll im Folgenden auf die unmittelbaren Folgen der Wannsee-Konferenz eingegangen werden.

In den Wochen nach der Wannsee-Konferenz veränderte sich die Politik der Vernichtung auf signifikante Weise:

Die Deportationen wurden nun, wie bereits im Herbst 1941 angekündigt, auf den gesamten Raum unter deutscher Kontrolle ausgedehnt. Zum zweiten wurden die Deportationen und Morde in den Kontext eines umfassenden Zwangsarbeitsprogramms gestellt.

Die Politik einer "Vernichtung durch Arbeit" hatten die Einsatzgruppen seit dem Sommer 1941 in den besetzten Ostgebieten entwickelt. Die Einsatzgruppe C hatte dieses Konzept im September explizit formuliert, als sie die "Lösung der Judenfrage durch umfassenden Arbeitseinsatz der Juden" vorschlug, was "eine allmähliche Liquidierung des Judentums zur Folge haben" werde und den "wirtschaftlichen Gegebenheiten des Landes" entspreche. In den besetzten Ostgebieten waren die Einsatzgruppen ansatzweise seit Juli, verstärkt seit August und September 1941 dazu übergegangen, im Zuge der nun systematischen Vernichtungspolitik Teile die für den "Arbeitseinsatz" verwendbaren Erwachsenen und ihre Angehörigen, in Ghettos einzusperren und als Arbeitskräftereservoir zu verwenden. Bei den weiteren Selektionen in den Ghettos waren "Arbeitsfähigkeit" und Arbeitskräftebedarf entscheidende Kriterien. Die Tatsache, daß die Auswahl der Arbeitsfähigen häufig völlig willkürlich und chaotisch verlief, verdeutlicht das im Hintergrund dieses "Arbeitseinsatzes" stehende wahre Ziel: Die mörderische Dezimierung der Juden.

Dieses System wurde ab Herbst 1941, verstärkt ab Frühjahr 1942 auf weitere Bereiche des SS-Imperiums übertragen, nämlich auf das KZ-System sowie auf den SS-Apparat im Generalgouvernement. Seit Herbst 1941 wurden Anstrengungen unternommen, die Häftlingsarbeit in den Konzentrationslager, bisher vor allem eine Schikane der Häftlinge, zu ökonomisieren. Zunächst umfaßten diese Pläne die sowjetischen Kriegsgefangene, als diese aber wegen der hohen Sterblichkeitsrate in deutschen Gefangenenlagern ausblieben, die übrigen Häftlinge, insbesondere die Juden.

Im Januar 1942 bereitete Himmler den Inspekteur der Konzentrationslager, Glücks, darauf vor, daß nachdem "russische Kriegsgefangene in der nächsten Zeit nicht zu erwarten" seien, er "von Juden und Jüdinnen, die aus Deutschland ausgewandert werden, eine große Anzahl in die Lager schicken" werde: "Richten Sie sich darauf ein, in den nächsten 4 Wochen 100.000 männliche Juden und bis zu 50.000 Jüdinnen in die Konzentrationslager aufzunehmen. Große wirtschaftliche Aufgaben werden in den nächsten Wochen an die Konzentrationslager herantreten." Im Zeitraum Februar/März wurden durch die Eingliederung des Hauptamts Verwaltung und Bauten sowie der Inspektion der Konzentrationslager in das neu gebildete Wirtschafts- und Verwaltungshauptamt die organisatorische Grundlagen zur optimalen Ausbeutung der Arbeitskraft der Häftlinge gelegt.

In einem Befehl vom 30. April machte Pohl die Lagerkommandanten, ganz im Sinne der von Himmler angeordneten Leistungssteigerung der Häftlinge, "verantwortlich für den Einsatz der Arbeitskräfte. Dieser Einsatz muß im wahren des Sinn des Wortes erschöpfend sein, um ein Höchstmaß an Leistung zu erreichen."

Seit Herbst 1941 wurden Zehntausende von jüdischen Arbeitskräften beim Bau der "Durchgangsstraße IV", einer für die Kriegführung im Osten strategisch wichtigen Nachschubstraße eingesetzt, ein Projekt, das unter der Kontrolle der regional zuständigen SS- und Polizeiführer stand und seit Anfang 1942 aufgrund eines Führerbefehls höchste Priorität besaß. Die hohe Todesrate in den Lagern an der Durchgangsstraße IV, die von Lemberg tief in die Ukraine führen sollte, macht deutlich, daß die von Heydrich auf der Wannsee-Konferenz entwickelte Vorstellung von Arbeitskolonnen, die "straßenbauend" in den Osten geführt wurden und dabei einer "natürlichen Verminderung" anheimfielen, keineswegs ein Phantasieprodukt war. Das Zwangsarbeitsprojekt zum Ausbau der DG IV ist ein wichtiger Zwischenschritt bei der Übertragung des in den besetzten sowjetischen Gebieten entwickelten Systems der Vernichtung durch Arbeit auf das Generalgouvernement und stellt so etwas wie ein Pilotprojekt für die Übernahme der gesamten Zwangsarbeit im GG durch die SSPF im Frühjahr/Sommer 1942 dar. Mit dieser Entscheidung lagen, ganz im Sinne der Konzeption der Vernichtung durch Arbeit, die Verantwortung für die systematische Ermordung der Juden des Generalgouvernements und für den Zwangsarbeits-einsatz in einer Hand.

Der Übergang zum Konzept der "Vernichtung durch Arbeit" folgte keinem im einzelnen festgelegtem Plan, sondern war eine Modifikation der Vernichtungspolitik unter den Verhältnissen des sich in die Länge ziehenden Krieges: Die Beseitigung einer möglichst großen Zahl von Juden sollte in Übereinstimmung gebracht werden mit dem steigenden Arbeitskräftebedarf. So entstand ein System aus einem häufig über die Grenzen der physischen Leistungsfähigkeit hinausgehenden "Arbeitseinsatz", minimaler Ernährung und Versorgung sowie ständigen Selektionen der nicht mehr "arbeitsfähigen" oder nicht mehr "benötigten" Juden.

Es darf nicht übersehen werden, daß im Prozeß der Ingangsetzung der Endlösung neben den Massenexekutionen im Osten, den fortschreitenden Planungen für Deportationen aus Zentral- und Westeuropa sowie der in Gang befindlichen Errichtung von Vernichtungslagern in Polen der mörderische jüdische "Arbeitseinsatz" ein viertes komplementäres Element bildete. Der jüdische "Arbeitseinsatz" war kein Potemkinsches Dorf, hinter dem die "Endlösung" vollzogen wurde, sondern er bildete eine Säule der Vernichtungspolitik.

Den im Frühjahr 1942 wieder in größerem Umfang einsetzenden Deportationen gingen im Januar und Februar 1942 eine Reihe von öffentlichen Erklärungen Hitlers voraus, in denen er ganz unmißverständlich auf seine "Prophezeiung" vom Januar 1939 zurückkam, im Falle eines erneuten "Weltkrieges" würden die Juden Europas vernichtet werden. Der soeben erfolgte Kriegseintritt der USA, also die Ausdehnung des Krieges zum Weltkrieg, und die Tatsache, daß Hitler in seinen Erklärungen seine Prophezeiung beständig auf den 1. September 1939 datierte, unterstrichen seine Drohung in besonderer Weise. So hieß es im Neujahrseruf des "Führers": "Der Juden aber wird nicht die europäischen Völker ausrotten, sondern er wird das Opfer seines eigenen Anschlags sein.". Bei seiner Ansprache im Sportpalast aus Anlaß des 30. Januar rief Hitler aus: "Wir sind uns dabei im klaren darüber, daß der Krieg nur damit enden kann, daß entweder die arischen Völker ausgerottet werden, oder daß das Judentum aus Europa verschwindet". In einer am 24. Februar aus Anlaß des 22. Jahrestages der Parteigründung im Münchner Hofbräuhaus verlesenen Erklärung ließ Hitler wiederum verlautbaren, "meine Prophezeiung wird ihre Erfüllung finden, daß durch diesen Krieg nicht die arische Menschheit vernichtet, sondern der Jude ausgerottet werden wird".

In den auf die Wannsee-Konferenz folgenden Wochen und Monate wurden die Konturen eines europäischen Deportationsprogramms erkennbar. Zunächst informierte Eichmann die Stapostellen im Gebiet des Großdeutschen Reiches, es sei die Deportation weiterer "Kontingente von Juden" in den Osten zu erwarten und legte im einzelnen fest, welche Personengruppen zunächst von diesen Verschleppungen auszunehmen seien. In einer Besprechung Eichmanns mit Vertretern der Gestapoleitstellen am 6. März wurde deutlich, daß mittlerweile innerhalb des RSHA eine dritte Deportationswelle vorbereitet worden war. Auf dieser Besprechung kündigte Eichmann an, daß zunächst 55.000 Juden aus dem Reichsgebiet einschließlich der "Ostmark" und dem Protektorat

deportiert werden würden. Dabei werde "Prag mit 20.000 und Wien mit 18.000 zu evakuierenden Juden am stärksten beteiligt".

Diese dritte Deportationswelle begann am 20. März und dauerte bis Ende Juni. Sie ist in ihren Einzelheiten wenig erforscht, aber aufgrund der überlieferten Deportationslisten, aus Aktensplittern der Distriktverwaltung Lublin, aus Lokalforschungen sowie der Memoirenliteratur rekonstruierbar. Im Rahmen dieses erneuten Deportationschubes führen sicher 43, möglicherweise 47 und mehr Züge mit jeweils 1.000 Menschen in Ghettos im Distrikt Lublin, also dem ursprünglichen Judenreservat, davon mindestens 22, vermutlich aber 26 aus dem Reichsgebiet, 6 aus Wien, 15 aus Theresienstadt/Prag. Die Größenordnung von 55.000 Menschen, die Eichmann am 6. März als Ziel nannte, dürfte vermutlich erreicht worden sein.

Erneut wurde nun, Anfang März 1942 die Entscheidung getroffen, die Juden in den Aufnahmegebieten, also im Distrikt Lublin zu einem großen Teil zu ermorden. Diese Entscheidung betraf auch den angrenzenden Distrikt Galizien, der in der Vorstellung der NS-Führung so etwas wie eine vorgeschobene Basis für die geplante Neuordnung des Lebensraumes im Osten bildete.

Die von Goebbels in seinen Tagebüchern gemachte Angabe, man wolle 60 Prozent der in den beiden Distrikten lebenden Juden ermorden, ist hier von besonderer Bedeutung. Diese Anfang März gefällte Entscheidung war durch die Vorarbeiten, die der für diese Aktion in beiden Distrikten verantwortliche SSPF Globocniks mit Zustimmung der SS-Führung seit Oktober 1941 getroffen hatte, vorbereitet worden und weist wesentliche Parallelen zu dem ebenfalls im Herbst 1941 eingeleiteten Massenmord unter dem Juden des Warthegaus auf. Nur in der Mordmethode, der Verwendung einer stationären Gaskammer, unterschied sich Globocniks Vorgehensweise von der Greisers. Wie im Warthegau stand aber der Massenmord an den einheimischen Juden im Distrikt Lublin im unmittelbaren Zusammenhang mit den Deportationen aus dem Reichsgebiet.

Das Muster von Deportation der zentraleuropäischen und Vernichtung der osteuropäischen Juden entsprach also dem von Lodz, Riga und Minsk. Die Lebensbedingungen in diesen Ghettos führten zum elenden Tod der weitaus meisten Deportierten innerhalb weniger Monate. Wer nicht in den Ghettos starb, wurde in der Regel in die Vernichtungslager im Generalgouvernements deportiert. Zwar hatte die Deportationen in den Osten von Anfang an unter einer Vernichtungsabsicht gestanden; zunächst war jedoch trotz hoher Todesrate und Exekutionen die - während des Winters 1941/42 immer mehr zur Fiktion werdende - Intention einer späteren "Umsiedlung", einer "endgültigen Lösung", aufrecht erhalten worden. Mit der dritten Deportationswelle in den Distrikt Lublin und der Fertigstellung der Vernichtungslager im Generalgouvernement war die Vorstellung einer späteren Umsiedlung in den Osten zwar definitiv aufgegeben worden, jedoch vollzog sich die Vernichtung nach wie vor im Rahmen einer "Umsiedlung-" und "Arbeitseinsatzmaßnahme": Die in den Distrikt deportierten Menschen wurden wie "Umsiedler" behandelt, die den Bedingungen im Ansiedlungsgebiet nicht gewachsen waren und daher im Hinblick auf die begrenzten Ernährungs- und Unterbringungsmöglichkeiten, die Seuchengefahr und aufgrund der wegen der Kriegslage blockierten Möglichkeiten zur weiteren "Umsiedlung" beseitigt werden mußten. Die Vernichtung erfolgte also in einem mehrere Phasen umfassenden, scheinbar Sachzwängen gehorchendem Prozeß: Deportation in den Distrikt - Selektion in Arbeitsfähige und Nichtarbeitsfähige Ghettoisierung bzw. Zwangsarbeit - fortgesetzte Selektionen unter denjenigen, die die Existenzbedingungen überstanden - Deportation in die Vernichtungslager - schließlich Liquidierung der Ghettos und Ermordung denjenigen, die alle vorangegangenen Stufen überlebt hatten.

Während diese dritte Deportationswelle zwischen März und Juni noch stattfand, traf das RSHA Vorbereitungen für ein sehr viel weiter gefaßtes europäisches Deportationsprogramm. Parallel zu der dritten Welle wurden seit dem 25. März aufgrund einer Vereinbarung mit der slowakischen Regierung 20.000 junge Juden aus der Slowakei zum "Arbeitseinsatz" in das KZ Auschwitz und in den Distrikt Lublin deportiert. Während die ersten Transporte rollten, hatten die slowakische und die deutsche Regierung vereinbart, diese Deportation auf alle slowakischen Juden, insgesamt etwa 90.000 Menschen auszudehnen. Bis Ende Juni waren 50.000 Menschen deportiert worden. Ebenfalls im März 1942 setzte die Deportation von Geiseln aus Frankreich nach Auschwitz ein, bis Mitte Juli wurden in sechs Transporten 6000 Menschen in das KZ deportiert. Ein wichtiger Anhaltspunkt, dafür, daß diese erste Deportationen aus Gebieten außerhalb des Großdeutschen Reiches bereits Teil eines europaweiten Programm waren, ist ein Vermerk aus dem Büro des slowakischen Premierminister Tuka vom 10. April über einen Besucher, der

umständlich bezeichnet wird als "Bevollmächtigter des RFSS u. Chefs der Deutschen Polizei, Himmler, als Beauftragter des Reichsmarschalls Göring, der von dem Reichskanzler und Führer Adolf Hitler einen unmittelbaren Befehl zur Lösung der Frage der europäischen Juden bekam." Heydrich, der durch diese Beschreibung hinreichend als der Besucher vom 10. April bezeichnet ist, erklärte Tuka bei dieser Gelegenheit, daß die vorgesehene Deportation der slowakischen Juden nur "ein Teil des Programms sei". Es finde zur Zeit nämlich eine "Aussiedlung" von insgesamt einer "1/2 Million" Juden "aus Europa nach Osten statt", außer der Slowakei seien hiervor das Reichsgebiet, das Protektorat, die Niederlande, Belgien und Frankreich betroffen.

Geht man davon aus, daß zu diesem Zeitpunkt seitens des RSHA geplant war, die schon in Gang gekommene Deportation der Juden aus dem Reich (ohne eingegliederte Ostgebiete), dem Protektorat und der Slowakei vollständig durchzuführen, und legt man hierfür die auf der Wannsee-Konferenz präsentierten Zahlen zugrunde (insgesamt knapp 340.000 Menschen), so bliebe für den Westen eine Deportationsquote in einer Größenordnung (die von Heydrich erwähnte "1/2 Million" ist ja nur eine grobe Zahlenangabe) von etwa 160.000 Menschen übrig. Wir können hieraus die Schlußfolgerung ziehen, daß spätestens Anfang April durch das RSHA die Deportation von etwa einem Drittel der in Belgien, den Niederlanden und in Frankreich lebenden, insgesamt etwa 500.000 Juden geplant war.

Die vierte Eskalationsstufe der Politik der Vernichtung setzte im April/Mai 1942 ein. Nun wurde von dem bisherigen Schema der Deportation zentraleuropäischer Juden in bestimmte Räume, in denen zunächst die einheimischen Juden ermordet wurden, abgewichen. Ende April/Anfang Mai wurde offensichtlich die Entscheidung getroffen, ab sofort Juden unterschiedslos zu ermorden.

- Vermutlich Ende April bzw. im Mai fiel die Entscheidung, den Mord an den Juden in den Distrikten Lublin und Galizien auf das gesamte Generalgouvernement auszudehnen. Zum gleichen Zeitpunkt muß die Entscheidung gefallen sein, einen Massenmord unter den Juden des annektierten Oberschlesiens durchzuführen, dem im Mai/Juni Tausende nach Auschwitz Deportierte zum Opfer fielen. Der systematische Massenmord an den Juden des Generalgouvernements begann im Juni, mußte jedoch wegen der Transportsperre zunächst für einige Wochen unterbrochen werden. Die Transportsperre hatte letztlich eine radikalisierende Wirkung auf die Entwicklung des Massenmordes, weil durch sie die Deportationen aus den Westgebieten beschleunigt und so etwas wie eine Konsolidierungsphase bei den Planern des Massenmordes geschaffen wurde, durch die das Gesamtprogramm im Juli mit weit verheerender Wucht wieder gestartet werden konnte. So übernahm etwa die SS in dieser Phase den Komplex jüdische Zwangsarbeit im Generalgouvernement, um die Kontrolle über die von der Vernichtung zunächst ausgenommenen "arbeitsfähigen" Häftlinge zu behalten.

- Etwa gleichzeitig mit dieser Grundsatzentscheidung im Hinblick auf die Juden im Generalgouvernement, jedenfalls vor Mitte Mai, müssen die für die Radikalisierung des gesamten Mordprogramms wesentlichen Entscheidungen gefallen sein, die Deportationen aus Zentraleuropa über die im März genannte Quote hinaus zu verstärken und die aus Zentraleuropa deportierten Juden bereits zu einem erheblichen Teil oder vollständig beim Eintreffen der Transporte in den Bestimmungsorten im Osten umzubringen, und nur noch, entsprechend der dort vorhandenen Aufnahmekapazitäten, einen geringen Teil einstweilen am Leben zu lassen. Dies geschah seit Mitte Mai in Minsk mit den aus dem Reich eintreffenden Juden, seit Anfang Juni in Sobibor mit den aus der Slowakei Deportierten.

Ein wichtiger Hinweis auf einen Befehl Himmlers zur Ausdehnung der Morde aus dem Mai 1942 ist erhalten. Mitte Mai 1942 teilte Gestapo-Chef Müller dem Kommandeur der Sicherheitspolizei in Riga, Jäger mit, entsprechend einer "generellen Anordnung des Reichsführers SS und Chefs der deutschen Polizei" seien "arbeitsfähige Juden und Jüdinnen im Alter von 16 bis 32 Jahren bis auf weitere Weisung von Sondermaßnahmen auszunehmen. Diese Juden sind dem geschlossenen Arbeitseinsatz zuzuführen. KZ oder Arbeitslager." Diese Ausnahmeregelung enthält implizit einen Hinweis darauf, welche Behandlung die älteren und die nicht arbeitsfähigen jüngeren Häftlinge sowie die Kinder unter 16 Jahren in der Regel innerhalb des KZ-Systems zu erwarten hatten: Sie waren den "Sondermaßnahmen" unterworfen. Möglicherweise war der Befehl Himmlers, den Müller hier zitiert und der im Original nicht erhalten ist, im Hinblick auf die nicht unter die Ausnahmeregelung fallende Personengruppe präziser.

- Vermutlich am 17. April 1942 befahl Himmler anlässlich eines Besuches im Warthegau, über den er zuvor ausführlich mit Hitler konferiert hatte, die Ermordung der etwa 10.000 noch im Lodzer

Ghetto lebenden zentraleuropäischen Juden, die im Oktober dorthin verschleppt worden waren und die unmenschlichen Bedingungen im Ghetto bis zu diesem Zeitpunkt überlebt hatten. Damit wurde nun definitiv Abschied genommen von der unter dem Eindruck des in Gang gekommenen Massenmordes immer mehr zur Fiktion gewordenen Idee eines "Reservates" im Ostraum des Generalgouvernements oder in den besetzten Ostgebieten.

- Anfang Juni wurde ein konkretes Deportationsprogramm für den Westen aufgestellt, das ab Mitte Juli innerhalb von drei Monate verwirklicht werden sollte. (Danach mußte man mit einer weiteren Einstellung der Transporte bis zum Ende des Jahres rechnen). Diese Entscheidung folgte bereits in einem erheblichen Umfang der Eigenlogik des bereits in Gang gekommenen Gesamtprogramms: Mit der Verwirklichung dieses West-Programms wurden die Anfang April erstmalig erkennbaren "europäischen" Planungen fortgeschrieben und an die Bedingungen, die durch die Transportsperre im Osten im Juni/Juli eintraten, angepaßt.

Diese Transporte aus dem Westen, ebenso wie die unter dem Eindruck der Transportsperre nach Auschwitz geleiteten Transporte aus der Slowakei und den ersten hier eintreffenden Züge aus dem Reich, wurden hier, nach der Fertigstellung der beiden provisorischen Vergasungsanlagen (Bunker I und II), ab dem 4. Juli genauso behandelt wie die Transporte, die nach Minsk und Sobibor kamen: Der überwiegende Teil ihrer Insassen wurde unmittelbar in den Gaskammern ermordet.

Im Juli, nach der Aufhebung der Transportsperre, war also das Deportations- und Mordprogramm in vollem Umfang in Gang gekommen. Etwa Woche nach Aufhebung der Transportsperre überzeugt sich Himmler von der Funktionsfähigkeit des Mordprogramms. Am 9.7. besprach er mit Krüger und Globocnik Vorschläge, die letzterer Anfang Juni gemacht hatte und die die "Volkstums-" bzw. Judenpolitik im Distrikt Lublin betrafen. Nachdem er am 11., 12. und 14. Juli mehrfach mit Hitler zusammengetroffen war, und nachdem er am 16. Juli das Verkehrsministerium hatte drängen lassen, mehr Züge für Deportationen zur Verfügung zu stellen, besichtigte er am 17. und 18. Juli Auschwitz, um sich die Ermordung von Menschen in Gaskammern vorführen zu lassen. Am Abend dieses Tages gibt er sich auf einer Gesellschaft des schlesischen Gauleiters äußerst zufrieden. Aus Äußerungen, die er hier macht, zog einer seiner Zuhörer die Schlußfolgerung, daß die Ermordung der europäischen Juden beschlossene Sache sei - diese Information gelangt in die Schweiz und bildet die Grundlage für das sogenannte Riegner-Telegramm, durch das diese alarmierende Nachricht in die westliche Welt geleitet wurde. Nach seinem Besuch in Auschwitz besuchte Himmler Globocnik in Lublin. Am 19. Juli gibt er von dort den entscheidenden Befehl, daß die "Umsiedlung der gesamten jüdischen Bevölkerung des Generalgouvernements bis 31. Dezember 1942 durchgeführt und beendet ist."

Bereits während des Sommers wurden dann die ersten Vorbereitungen getroffen, um nach der zu erwartenden Einstellung der Transporte während des kommenden Winters die Deportationen aus dem Westen und dem Südosten des deutschen Herrschaftsbereichs verstärkt aufnehmen zu können. Bereits im Juli dürfte die Entscheidung gefallen sein, die kroatische Regierung dazu zu veranlassen, ihre Juden an die deutsche Seite zu überstellen - was zur Deportation von etwa 5000 kroatischen Juden nach Auschwitz im August führte.

Durch die wenige Wochen nach Beginn dieser neuen Phase verhängte Transportsperre verzögerte sich jedoch die umfassende Umsetzung dieser neuen, radikalen Form der Vernichtungspolitik. Die Eskalation, die der Wechsel des Modus Operandi bedeutete, wurde auf diese Weise verschleiert.

V.

Zieht man nun eine Bilanz der Entwicklung in der Politik der Vernichtung zwischen Herbst 1941 und Frühjahr/Sommer 1942, zwischen der dritten und der vierten Eskalationsstufe, so ergibt sich folgendes Bild:

Als im Herbst 1941 das eigentlich erst für die Zeit nach dem geplanten Sieg über die Sowjetunion vorgesehene, umfassende Deportationsprogramm in Gang gesetzt wurde, war dies (neben anderen Motiven) wohl vor allem eine Drohung gegenüber den Vereinigten Staaten, mit der - im Sinne der "Prophezeiung" Hitlers vom 30. Januar 1939 - verdeutlicht werden sollte, welches Schicksal die Ausweitung des Krieges zum Weltkrieg für die Juden unter deutscher Herrschaft haben würde. Gleichzeitig wurden diese überstürzten Deportationen in überfüllte Ghettos oder noch nicht vorhandene Lager als Hebel benutzt, um den Verantwortlichen vor Ort radikalere Lösungen

abzuverlangen, also die aus der Sowjetunion bekannte Strategie "judenfreier Räume" auf das besetzte Polen (Warthegau, Distrikte Lublin und Galizien) zu übertragen. Die Ermordung der jüdischen Männer Serbiens ist eine wichtige Parallele, die in diesem Fall in Form einer Repressalie durch die Wehrmacht durchgeführt wurde.

Durch den Kriegseintritt der USA veränderte sich die Situation des "Dritten Reiches" grundlegend; Es stand nun vor einem langfristigen Zwei- oder Drei-Frontenkrieg, den es als Bündniskrieg führen und in dem es einen großen besetzten Raum unter Kontrolle halten mußte, bei gleichzeitigem Zwang zur vollen Mobilisierung aller innerer Ressourcen. In dieser Konstellation erhielt die Vernichtungspolitik einen vollkommen neuen Stellenwert.

Um diese Rolle bestimmen zu können, muß man sich vor Augen führen, daß das "Dritte Reich" seine eigentlichen Kriegsziele, die vorgesehene Neuordnung des europäischen Kontinents nach rassistischen Kriterien, nicht offenlegen bzw. konkretisieren konnte, da damit die Frage nach der Stellung der übrigen Völker innerhalb des "Neuen Europa" aufgeworfen worden wäre.

Auch war das Reich nicht in der Lage, durch "positive" Schritte die geplante Neuordnung während der Krieges einzuleiten, da für umfangreichere Siedlungsprojekte etc. die Ressourcen fehlten.

Ebenso wie die "Rassenpolitik" des Regimes in Deutschland zwischen 1933 und 1939 sich auf Ausgrenzung und Ausmerzung beschränkt hatte, ließ sich während des Krieges die Politik einer europäischen "Neuordnung" auf rassistischer Grundlage nur negativ darstellen, mußte sich notwendigerweise in Vertreibung und Eliminierung unerwünschter Volksgruppen erschöpfen.

Die Deportation und Ermordung der europäischen Juden war aus nationalsozialistischer Sicht der während des Krieges einzig mögliche Einstieg in die rassistische Neuordnung. Da die Führung des "Dritten Reiches" entschlossen war, um keinen Preis die revolutionäre Neuordnung Europas, für die sie in den Krieg gezogen war, aufzugeben, war die weitere Radikalisierung der Judenverfolgung, die auch schon vor 1939 das Kernstück der "Rassenpolitik" hin zu einer Politik systematischen Vernichtung unvermeidlich.

Durch die Ingangsetzung der Deportationen aus den verschiedenen besetzten und verbündeten Staaten im Laufe des Jahres 1942 wurde die bisher auf den Osten konzentrierte "Lebensraumpolitik" zu einer ganz Europa umfassenden Neuordnungspolitik stilisiert.

Dadurch wurden die verbündeten Staaten bzw. die kollaborationsbereiten Kräfte in den besetzten Gebieten der Hegemonie des Rassismus unterworfen, sie wurden zu Werkzeugen und Komplizen einer verbrecherischen Politik und wurden somit auf Gedeih und Verderb an die deutsche Führungsmacht gebunden. Die Ausdehnung der Deportationen führte gleichzeitig zu einer Stärkung der radikalen Kräfte innerhalb der deutschen Besatzungsverwaltungen und damit zu einer allgemeinen Gewichtsverlagerung zugunsten von Partei und SS in der Peripherie des deutschen Herrschaftsgebietes. Auf diese Weise wurde die Politik der Vernichtung zur Klammer der deutschen Besatzungs- und Bündnispolitik.

Die Politik der Vernichtung war aber auch ein Instrument zur inneren Radikalisierung in Deutschland. Durch die vor der Öffentlichkeit nicht verborgenen Deportationen, durch die in Form eines "öffentlichen Geheimnisses" greifbaren Gerüchte und Informationen über das Schicksal der Deportierten, die seit der Kriegswende 1942/43 von massiver, auf eine internationale jüdische Verschwörung bezogene Angst- und Rachepropaganda begleitet wurde, wurde der deutschen Bevölkerung deutlich gemacht, daß sie sich in eine Politik hatte verstricken lassen, aus der es keinen Weg zurück mehr gab.

Diese unterschwellige Drohung gegenüber der eigenen Bevölkerung, die auf subtile Weise vermittelte Einsicht einer Komplizenschaft mit dem Regime, scheint mir das eigentliche Problem hinter der Frage nach dem Wissen oder Nichtwissen der Deutschen über den Holocaust zu sein.

Um weitere Kritik an der den Kriegsanstrengungen entgegenstehende Ermordung jüdischer Arbeitskräfte zu vermeiden, reagierte das Regime, indem es die Vernichtungspolitik aus dem Zusammenhang eines Deportationsprogramm hinauflöste und den Kontext eines Arbeitseinsatzprogramms stellte. Auf diese Weise wurden die zur Ermordung bestimmten Menschen noch "sinnvoll" eingesetzt, langfristig glaubte man, das Arbeitskräfteproblem durch die millionenfache Rekrutierung von Fremdarbeitern lösen zu können.

Sieht man die Politik der Vernichtung ab 1942 in diesem umfassenden Kontext - als Surrogat für die nicht mögliche "positive" Neuordnung, als Klammer der deutschen Besatzungs- und Bündnispolitik, als Anstoß zur inneren Radikalisierung und als Hebel zur komplizierten Verstrickung der Bevölkerung mit dem Schicksal des Regimes, schließlich als ein Programm zur restlosen Erschöpfung jüdischer Arbeitskraft, so wird deutlich, daß sie für die Kriegspolitik des Regimes eine zentrale Funktion einnahm.

Sie ist eben nicht hinreichend erklärbar als das Ergebnis einsamer Entscheidungen des Diktators, nicht das Resultat einer realitätsblinden Verselbständigung einer irrationalen Ideologie, sie ist nicht auf die Tätigkeit eines heißgelaufenen, kumulativ sich radikalierenden Bürokratie zurückzuführen, sondern das Ergebnis einer konsequent verfolgten Politik der NS-Führung, die in den verschiedenen Phasen der Existenz des "Dritten Reiches" an die äußeren Umstände angepaßt wurde. Nur wenn man die Vernichtungspolitik als integralen Bestandteil nationalsozialistischer Kriegspolitik sieht, als einen Hauptfaktor neben strategischen, rüstungswirtschaftlichen, bündnispolitischen Erwägungen, wird man ihrer Rolle innerhalb der Geschichte des NS-Regimes gerecht werden.

Diese Veränderungen der Randbedingungen der Vernichtungspolitik führt uns zurück zur Interpretation des Wannsee-Protokolls. Tatsächlich stand die Wannsee-Konferenz an einem Scheidepunkt. Auf der einen Seite wurde noch festgehalten an der ursprünglichen und bereits durch konkrete Schritte eingeleiteten Absicht einer Totaldeportation und Vernichtung in Lagern in den besetzten sowjetischen Gebieten ("straßenbauend") als Synonym für Zwangsarbeit unter unzureichenden Lebensbedingungen), während andererseits aber deutlich wurde, daß die Voraussetzung ein baldiger Sieg, zumindest kurzfristig nicht mehr erwartet werden konnte.

Bei dem erhaltenen Wannsee-Protokoll handelt es sich also um eine Momentaufnahme aus einem Prozeß, in dem in den Führungsrängen der SS ein Perspektivwechsel vollzogen wurde fort von der Vorstellung einer "Endlösung" nach Kriegsende bzw. im Falle eines Weltkrieges, hin zu der neuen Absicht, nun immer größere Abschnitte der Endlösung während des Krieges durchführen zu können (also sie "vorwegzunehmen"), wobei die Perspektive immer noch die Zeit nach Kriegsende einschloß: In diesem kritischen Zeitraum wurde die Ostdeportation immer mehr zur Fiktion, der Massenmord im Generalgouvernement immer mehr zur Realität. Diese doppelte Perspektive ist anhand des Konferenzprotokolls nachweisbar. Auf der einen Seite sprach Heydrich von der "kommenden Endlösung", also dem für die Zeit nach Kriegsende abzuschließenden Deportationsprogramm, das 11 Millionen Juden umfassen sollte, darunter die Großbritanniens, Irlands, Portugals, Schwedens, der Schweiz, Spaniens und der Türkei, also von Ländern, die erst nach einem siegreichen Abschluß des Krieges deutscher Kontrolle unterliegen würden.

Von dieser "kommenden" Lösung grenzte Heydrich ad hoc Maßnahmen ab, wenn er als "weitere Lösungsmöglichkeit nach entsprechender vorheriger Genehmigung durch den Führer die Evakuierung der Juden nach dem Osten" bezeichnete. Diese "Aktionen" (also die bereits eingeleiteten Deportationen) seien lediglich "Ausweichmöglichkeiten", bei denen jedoch "jene praktischen Erfahrungen gesammelt" werden würden, die "im Hinblick auf die kommende Endlösung der Judenfrage von wichtiger Bedeutung" seien.

Die Tatsache, daß Heydrich besonders auf die für diese Deportationen vorliegende "Genehmigung des Führers" verweist, deutet im übrigen darauf hin, daß die entsprechende Genehmigung für die Ingangsetzung der "kommenden Endlösung" noch nicht vorlag. Die Vorstellung eines gigantischen Arbeitseinsatzprogramm im Osten nach dem Vorbild der bereits in Angriff genommenen Bauprojekte, bei der ein großer Teil der Deportierten "durch natürliche Verminderung ausfallen", der "Restbestand" "entsprechend zu behandeln" sei, bezieht sich ebenso auf die "kommende Endlösung", die noch ingangzusetzen sei. Heydrich weist auch daraufhin, daß die "einzelnen größeren Evakuierungsaktionen weitgehend von der militärischen Entwicklung abhängig sein", also mindestens nicht vor Ende des Winters erfolgen könnten.

Das gesamte deutsche Herrschaftsgebiet, so Heydrich weiter, solle im "Zuge der praktischen Durchführung der Endlösung" von Westen nach Osten "durchgekämmt" werden, wobei das Reichsgebiet einschließlich des Protektorats "vorweggenommen" werden müsse. Auch dieser Satz verweist also deutlich auf zwei Handlungsebenen, auf die große, "kommende" Lösung und auf die bereits eingeleiteten ad hoc Maßnahmen. Wenn Heydrich fortfährt, die "evakuierten Juden" würden "zunächst Zug um Zug in sogenannte Durchgangsgghettos verbracht, um von dort aus weiter nach dem Osten transportiert zu werden", dann bezeichnet er offenkundig eine Zwischenlösung für diesen Personenkreis für die Zeit bis zur "Endlösung".

Desweiteren läßt sich aus dem Wannsee-Protokoll entnehmen, daß die Ermordung der im Generalgouvernement und in den besetzten sowjetischen Gebieten lebenden Juden bereits aus dem großen "Endlösungs"-Programm herausgenommen worden war. Wenn Staatssekretär Bühler auf der Wannsee-Konferenz den Wunsch der Regierung des Generalgouvernements überbrachte, "mit der Endlösung dieser Frage im Generalgouvernement" zu beginnen, unter anderem, weil hier "das Transportproblem keine übergeordnete Rolle spielt" und "arbeitseinsatzmäßige Gründe den

Lauf dieser Aktion nicht behindern" würden, da ohnehin die große Mehrzahl nicht arbeitsfähig sei, und im Anschluß daran sowohl er wie Gauleiter Meyer vom Ostministerium den Standpunkt vertraten, "gewisse vorbereitende Arbeiten im Zuge der Endlösung gleich in den den betreffenden Gebieten selbst durchzuführen", dann wurde damit zum Ausdruck gebracht, daß die "nicht arbeitsfähigen" Juden im Generalgouvernement und in den besetzten Ostgebieten an Ort und Stelle ermordet werden sollten, so wie es durch die Einsatzgruppen und die Gaswagen in Chelmo bereits in großem Umfang geschah und wie es für Lublin in Aussicht genommen worden war ("Liquidiert sie doch selber", wie Frank die Anweisung aus Berlin so treffend charakterisiert hatte). Allerdings ist die zeitliche Perspektive dieser Vernichtungsmaßnahmen noch offen.

Aus dem Wortlaut des Protokolls und aus unserer Analyse der Ereignisse des Frühjahrs und Sommers 1942 geht nun aber hervor, daß die Ingangsetzung der "kommenden Endlösung" im Mai 1942, also vier Monate nach der Wannsee-Konferenz erfolgte und unterbrochen durch die Transportsperre - in vollem Umfang im Juli 1942 einsetzte. Die aus dem Endlösungsprogramm abgrenzten "vorbereitenden" Maßnahmen im Generalgouvernement setzten im März 1942 mit der Ermordung des Großteils der Juden der Distrikte Lublin und Galizien ein und wurde im Juni, verstärkt im Juli, fortgesetzt, als die systematische Vernichtung der Juden des Generalgouvernements begann. Im Sommer 1942 scheint auch die schon seit Sommer 1941 in Gang befindliche Ermordung der Juden in der Sowjetunion noch einmal eine neue Eskalation erfahren zu haben.

Es ist durchaus denkbar, daß das Endziel der Deportationen im Rahmen der "kommenden Endlösung" zum Zeitpunkt der Wannsee-Konferenz noch unbestimmt war und sich erst allmählich in den kommenden Monaten die Vorstellungen Bahn brach, die ursprünglich für die besetzten sowjetischen Gebiete bestimmten Deportationen umzuleiten in die im Aufbau befindlichen Vernichtungsstellen im besetzten Polen. Für Heydrich kam es am 20. Januar zunächst vor allem auf zweierlei an: Erstens: Die Deportationen mußten akzeptiert sein (alles was nach den Deportationen geschah, war eine interne Angelegenheit der SS und war nicht mehr mit den anderen Stellen abzustimmen). Zweitens mußte der Kreis der zu Deportierenden festgelegt, daß heißt es mußte der Status der Mischlinge und mit Nichtjuden Verheirateten geklärt werden.

Diesem Zweck diente der zweite Teil der Konferenz. Heydrich schlug vor, sogenannte "Mischlinge ersten Grades" - bis auf bestimmte Ausnahmefälle - grundsätzlich zu deportieren. Ebenso sollten Juden oder "Mischlinge ersten Grades", die mit "Ariern" verheiratet waren, im Regelfall deportiert oder in ein "Altersghetto" eingewiesen werden. Die komplizierte Klassifikation der "Mischlinge" durch die NS-Rassengesetze, das machte Heydrichs Vortrag indessen deutlich, hätte zahlreiche Einzelfallentscheidungen notwendig gemacht. Gegen die sich hieraus zwangsläufig ergebende "unendliche Verwaltungsarbeit" wandte sich der Staatssekretär im Innenministerium Stuckart, der seinerseits vorschlug, "zur Zwangssterilisierung zu schreiten". Dieser Dissens konnte auf der Konferenz nicht beseitigt werden und sollte daher in mehreren Nachfolgebegesprechungen - allerdings ebenfalls ohne abschließendes Ergebnis - behandelt werden.

Gerade durch die ausführliche Erörterung der "Mischlings-" und der "Mischehen"-Problematik wurden die Vertreter der Ministerialbürokratie jedoch - in einem inkludenten Verfahren - zu Mitwissern und Mitverantwortlichen der "Endlösung" geeacht. Denn gerade durch die Bedenken, die aus ihren Reihen gegen den Einschluß von Randgruppen in die Deportationen erhoben worden waren, hatten die anwesenden Vertreter der Ministerialbürokratie zu erkennen gegeben, daß sie gegen das Prinzip (hervorheben) der Deportation keine Bedenken hatten. Dies aber war das entscheidende Ergebnis der Sitzung und der wesentliche Grund dafür, daß Heydrich in einem ausführliches Protokoll die Grundsätze der künftigen Politik der Vernichtung festhalten ließ.